

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 698

Mittwoch, 19. Februar 2020

27. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Die erste parlamentarische Falle ist zugeschnappt: NGO-Gesetz verabschiedet.....	1
UNE beklagt, dass manche Abgeordneten nur Handlanger von Gustavo Alejos seien.....	2
Mario Estrada wurde in New York zu 15 Jahren Haft verurteilt.....	2
Menschenrechtsanwalt Esteban Celada ist in den letzten zwei Jahren 31 Mal bedroht worden.....	3
Giammattei stellt in Mexiko einen "Plan zur Entwicklung der Grenzregion" vor.....	4
Giammattei versetzt Chimaltenango in den Vorbeugungszustand.....	4
Kehrt DipuKid in den Kongress zurück?.....	5
Überlebende aus dem Brand im Hogar Seguro aus der Hand von krimineller Bande befreit.....	5
Julio Gómez, Verteidiger von Wasser und Territorium in San Mateo Ixtatán angeklagt.....	5
Studierende klagen die USAC-Verwaltung wegen Diskriminierung von Behinderten an.....	5
Empfehlung: Das Buch (u.a.) zur Zentralamerika-Tagung in Bad Boll (März 2019).....	6

Die erste parlamentarische Falle ist zugeschnappt: NGO-Gesetz verabschiedet

Guatemala, 14. Feb. – Zu Beginn der normalen Kongresssitzung an diesem Dienstag wurde die Tagesordnung dahingehend verändert, dass nun das Gesetz über NGOs für Entwicklung (Gesetzentwurf 5257) bevorzugt behandelt werden konnte. Es waren die Abgeordneten Jorge García Silva (Prosperidad Ciudadana, PC), Mynor Mejía (Regierungspartei VAMOS) und Manuel Conde Orellana (PAN), die die Diskussion über Prävention und Kampf gegen das Corona-Virus zum Anlass nahmen, um diesen Gesetzentwurf auf die Tagesordnung zu hieven. Der Plan, unabhängige Organisationen in Guatemala an die Leine zu nehmen, begann mit der Initiative 5257, die bereits am 21. März 2017 von dem Abgeordneten der damaligen Regierungspartei FCN-Nación, Christian Gabriel, eingebracht worden war. Ziel war die Reform des Gesetzes über NGOs für Entwicklung (siehe ausführlich in: **¡Fijáte!** 644).

Verschiedene Organisationen haben gegen 5257 demonstriert und dem Entwurf vorgeworfen, unter dem Deckmantel von Transparenz tatsächlich ein Unterdrückungsinstrument gegen NGOs zu sein.

Warum? In dem Gesetzentwurf finden sich Bestimmungen, die es möglich machen, dass der Präsident in die Lage versetzt wird, darüber zu entscheiden, welche Organisation der Zivilgesellschaft arbeiten darf und welche aufgelöst werden muss. Das verschafft der Exekutive eine grosse Macht über jene Nicht-Regierungs-Organisationen, die sich dem Kampf für Dinge verschrieben haben, die sie für gerecht(fertigt) halten, aber den Mächtigen nicht gefallen.

Nach dem vertrauten Modus des Paktes der Korrupten wurde die Tagesordnung umgekrempelt, um eine Abstimmung zu erzwingen und so die Initiative zurückzuerlangen, um die Regeln für NGOs in ihrem Sinne zu verändern.

Als der Abgeordnete von WINAQ, Aldo Dávila, seine KollegInnen vor dem Vorhaben der Parlamentarier García, Conde und Mejía warnen wollte, wurde ihm vom Parlamentsvorsitzenden Allan Rodríguez der Ton abgedreht. Schliesslich wurde zur Abstimmung gerufen und die Wartezeit so weit ausgedehnt, bis die Mehrheit der Stimmen gesichert war: 86 Stimmen dafür, 53 dagegen. Während der Aussprache erklärten Abgeordnete der Giammattei-Partei VAMOS (Carlos Calderón, Diego González und Shirley Rivera) und der Partei BIEN (Fidel Reyes Lee), warum sie für 5257 stimmten; Abgeordnete von SEMILLA, WINAQ, URNG, UNE und MLP begründeten, warum sie dagegen stimmten und welche Risiken eine Zustimmung zu einem solchen Gesetz hervorrufen wird.

Felipe Alejos (TODOS) nutzte den Moment, um die Sitzung für permanent zu erklären und so zu verlängern, dass genügend Abgeordnete da sind, um für das Gesetz zu stimmen. Bei 84 Stimmen dafür, 8 dagegen und 68 Abwesenden wurde der Gesetzentwurf 5257 in dritter Lesung verabschiedet.

Widerstand gegen das Gesetz auf dem Rechtsweg

Das Zentrum für rechtliche Aktionen in Menschenrechtsbelangen (CALDH), die Einheit zur Verteidigung der MenschenrechtsverteidigerInnen (UDEFEQUA), das Team für Kommunale Studien und Psychosoziale Aktion (ECAP) und die Mütter, die die Welt verändern (Mujeres Transformando el Mundo, MTM), legten beim Verfassungsgericht eine Beschwerde ein, die Präsident Alejandro Giammattei davon abhalten soll, die Reformen am NGO-Gesetz umzusetzen. Ähnliche Beschwerden gibt es von der BürgerInnenaktion und dem Abgeordneten Aldo Dávila. Das Verfassungsgericht hat die Beschwerde angenommen und den Kongress bereits um eine Stellungnahme gebeten.

Zugleich haben 215 nationale, 28 internationale Organisationen sowie 94 Einzelpersonen eine bezahlte Anzeige (campo pagado) unterzeichnet, in der sie die am vergangenen Dienstag beschlossenen Reformen am NGO-Gesetz ablehnten. In einer Pressemitteilung kritisierten sie, dass die Veränderungen dem Zweck dienen, die Verfassungsrechte zu unterdrücken. Zudem gebe es bereits heute staatliche Kontrollmechanismen, um NGOs angemessen steuerlich zu prüfen. (Nómada)

UNE beklagt, dass manche Abgeordneten nur Handlanger von Gustavo Alejos seien

Guatemala, 5. Feb. – Nach der Forderung von Abgeordneten der Nationalen Einheit der Hoffnung (UNE), ihre ehemalige Präsidentschaftskandidatin Sandra Torres aus der Partei zu werfen, hat der Fraktionsvorsitzende Orlando Blanco nun bekannt gegeben, dass seine Partei den UNE-Abgeordneten Estuardo Vargas wegen des Kaufs von Stimmen innerhalb der Fraktion für die Verabschiedung von repressiven Gesetzen bei der Staatsanwaltschaft anzeigen wird.

Blanco erklärte, dass Vargas durch diese Handlungen die Straftat der aktiven Bestechung begangen habe, um Abstimmungsverhalten zu erkaufen. „Er gab einigen Abgeordneten zwischen 15.000 und 20.000 Quetzales pro Monat (zwischen 1.760 und 2.350 €). Es gibt Leute, die bezeugen, wie er Geld angeboten hat und wir sahen das auch selbst“, sagte Blanco. Der langjährige Abgeordnete fügte hinzu, dass die Herkunft der Gelder untersucht werden müsste, weil sie selbst davon ausgingen, dass es Mafiagelder seien. Zudem sagte er, dass Vargas ein Mittelsmann von Gustavo Alejos sei. „Von ihm könnte die Zielsetzung kommen, unsere Fraktion zu spalten“, mutmasst er und fügt hinzu, dass er wegen dem Stimmenkauf Vargas anzeigen werde, nicht aber Sandra Torres. Er schliesse allerdings nicht aus, die acht Abgeordneten anzuzeigen, die Geld erhalten hatten – wegen Bestechlichkeit. „Wir glauben, dass Vargas eine Gruppe bilden wollte, die im Kongress Einfluss ausüben, z.B. in dem sie Gesetze verabschieden, die Personen, gegen die die Spezialstaatsanwaltschaft gegen Straffreiheit wegen Korruption ermittelt“, versicherte Blanco.

Gefragt nach den Gesprächen, die Torres mit Abgeordneten geführt hatte, obwohl ihr dies aufgrund des offenen Prozesses wegen illegaler Wahlkampffinanzierung verboten worden war, sagte Blanco, dass sie bald darüber mit der FECCI sprechen würden.

In der Pressekonferenz baten die UNE-Abgeordneten das interne Parteikomitee für Ehrenmitgliedschaften Sandra Torres wegen Verrats auszuschließen – und weil sie, nach deren Dafürhalten, sie zwingen wollte, RichterInnen am Obersten Gerichtshof und am Obersten Wahlgerichtshof auszuwählen, die jene begünstigen, die nun im ‚Promi‘-Gefängnis in Mariscal Zavala sässen. Daraufhin schickte Torres eine Nachricht, dass jene Abgeordneten, die sie aus der Partei werfen wollten, die eigentlichen VerräterInnen seien und dass diese Beziehungen mafiöse Strukturen hätten. (La Hora)

Mario Estrada wurde in New York zu 15 Jahren Haft verurteilt

New York / Guatemala, 1. Feb. – Mario Estrada, ehemaliger Präsidentschaftskandidat der Union des Nationalen Wandels (UCN), wurde in New York wegen Drogenhandels und -vertrieb in die USA verurteilt. Der 59-jährige muss für 180 Monate (also 15 Jahre) in Haft, vier weitere Jahre sind zur Bewährung ausgesetzt.

Am 17. April 2019 wurde Mario Estrada als Präsidentschaftskandidat in Miami Beach/USA gemeinsam mit Juan Pablo González Mayorga, dem dritten stellvertretenden Sekretär der UCN, festgenommen. Vor der US-Justiz wurden beide wegen Konspiration zum Drogenhandel angeklagt. Dies geschah nur zwei Wochen nachdem es ein Treffen von Estrada mit dem damaligen Präsidenten Jimmy Morales und anderen RegierungsfunktionärInnen auf seiner Finka gegeben hatten (*das traditionelle Essen Hühnercreme mit Loroco, die Blüte einer Schlingpflanze, die in Mexiko und Zentralamerika als Gewürz verwendet wird, d. Red.*).

Die Ermittlungen ergaben, dass Estrada versuchte, seine Partei zu finanzieren und die Präsidentschaft zu gewinnen, im Gegenzug für Gefallen, Mordanschläge und Geld vom Sinaloa-Drogenkartell, einer der mächtigsten kriminellen Vereinigungen, die viele Jahre von Joaquín Guzmán Loera, bekannt als „El Chapo“, angeführt wurde.

Der Fall der Konspiration von Estrada

Ab Dezember 2018 hat die US-Verwaltung für die Drogenkontrolle (DEA in englischer Abkürzung) begonnen, einen Fall namens „Konspiration Estrada“ zu untersuchen. Über DEA-Agenten, die in das Sinaloa-Kartell eingeschleust worden waren, wurde sie gewahr, dass Mario Estrada und Juan Pablo Gonzalez versuchten, ein Abkommen mit diesem Kartell abzuschließen, um dabei zu helfen, Kokain in die USA zu bringen. Im Gegenzug wollten die beiden PolitikerInnen 12 Millionen Dollar für ihre Wahlkampagne zur Präsidentschaftswahl am 16. Juni 2019 haben. Ein Teil des Geldes sollte dafür genutzt werden, in den 22 Departamentos Stimmen zu kaufen. Die Verhandlungen zwischen Estrada,

González und den verdeckten Ermittlern fanden zwischen Januar und März 2019 im Büro von Estrada in Guatemala-Stadt und in Miami, Florida, statt.

Das Abkommen sah vor, dass in dem Fall, dass Estrada die Wahlen gewinnen würde, er dem Kartell von Sinaloa freie Hand geben würde, um Guatemalas Flughäfen und Häfen zum Transport von Kokain in die USA zu nutzen. Es ging um sechs Flugzeuge voller Kokain monatlich, von deren Verkaufswert Estrada pro Flugladung 10 % erhalten würde.

Zudem versprach Estrada, Mitglieder des Kartells auf wichtige Posten in der Regierung zu berufen.

Während der Verhandlungen, von denen es Audio- und Videoaufzeichnungen gibt, nannte Mario Estrada auch die Namen von zwei politischen Rivalinnen [*LeserInnen wissen, dass es sich um zwei Frauen handelt, d. Red.*], die das Kartell eliminieren sollte, um sicherzustellen, dass er die Wahl auch wirklich gewinnen würde. Laut Juan Pablo González wäre die Ermordung in dem einen Fall sehr einfach, weil diese Person sowieso "gehasst werde". Die andere Person hingegen sei "gut geschützt".

Estrada wies gegenüber dem Kartell darauf hin, dass es doch zuerst die verhasste Rivalin umbringen solle, die viele Feinde in Guatemala habe. In einer Verhandlungsrunde am 27. Februar 2019 in Miami sprach Estrada davon, dass er eine andere Person (*also wohl ausserhalb des Kartells, d. Red.*) angeheuert habe, um die eine der zwei Rivalinnen zu töten und dass die Ermordung der zweiten Person zu viele Probleme verursachen werde. Das Gericht in New York veröffentlichte später das Gespräch zwischen Estrada und den verdeckten Ermittlern der DEA, in denen dieser offen sagte, dass eine der politischen Rivalinnen, die er töten lassen wollte, Thelma Aldana sei. [*Die „gehasste“ Person war Sandra Torres. d. Red.*]

“Den Fluss überqueren, ohne eine Brücke gebaut zu haben“

Am 11. April 2019 informierten die verdeckten Ermittler Estrada telefonisch, dass sie eine neue Transportroute für Drogen von Guatemala, via Mexiko, nach New York autorisiert hätten. Wie bereits bei verschiedenen anderen Gelegenheiten, zeigte Estrada sich frustriert, weil sie ihm noch nicht das Geld gegeben hatten, das er für seine Kampagne forderte. Er sagte, dass sie "den Fluss überqueren würden, ohne eine Brücke gebaut zu haben". Eine Woche später, am 17. April, reisten Estrada und González nach Miami, um das versprochene Geld von den angeblichen Kartell-Mitgliedern zu erhalten. Stattdessen wurden sie von US-Behörden verhaftet.

180 Monate und vier Jahre

Das Gericht in New York verkündete, dass Mario Amilcar Estrada, 59 Jahre alt, zu 180 Monaten Gefängnis und vier Jahren zusätzlich auf Bewährung verurteilt worden sei. Zunächst hatte Estrada die Anklagepunkte abgestritten. Am 8. Oktober 2019 erklärte er sich jedoch für schuldig, weshalb es keinerlei Gerichtsverhandlungen gab.

„Dank der DEA wird Estrada nicht die Möglichkeit erhalten, Präsident Guatemalas zu werden, sondern in ein US-Gefängnis wandern“, sagte der Staatsanwalt Geoffrey S. Berman nach dem Urteil. In der Pressemitteilung des Justizministeriums heisst es, dass Estrada nicht nur versucht habe, eine Allianz mit dem Sinaloa-Kartell zu schliessen. Während der Gespräche mit den verdeckten Ermittlern hatte Estrada auch persönliche Beziehungen zu anderen DrogenhändlerInnen eingeräumt, z.B. mit dem Jalisco-Kartell, genannt Neue Generation, das ihm ebenfalls Geld für die Wahlkampagne angeboten hatte, und einem Drogenhändler in der guatemaltekischen Hauptstadt, dessen Identität jedoch nicht enthüllt worden ist.

Die Strafe für Juan Pablo González ist noch nicht festgelegt worden, aber es wird erwartet, dass die US-Justiz in den nächsten Monaten darüber entscheiden wird.

In Guatemala hat die Staatsanwaltschaft unter Maria Consuelo Porras noch keine Ermittlungen angestellt zu dem Treffen zwischen Estrada und Jimmy Morales, wo die beiden „Gallina en crema con loroco“ speisten und über Geschäfte diskutierten. (Nómada)

Menschenrechtsanwalt Esteban Celada ist in den letzten zwei Jahren 31 Mal bedroht worden

Guatemala, 12. Feb - Esteban Celada ist Menschenrechtsanwalt und derzeit Mitglied der Rechtsabteilung von Mujeres Transformando el Mundo (MTM). Seit 2018 hat er Drohanrufe erhalten, ihm wurde nachgestellt, er wurde Opfer von illegalen Razzien und erst kürzlich Opfer eines versuchten Raubes in seinem Haus.

Am 8. März 2018 nahm der Anwalt Esteban Celada an dem jährlichen Demonstrationsszug zum Internationalen Frauentag teil. Danach ging er zum Gerichtsturm zu einer Anhörung im Fall des Brandes im Hogar Seguro. Celada ist Anwalt der Familien der Mädchen, die bei dem Brand in der staatlichen Einrichtung getötet wurden. Als er die Anhörung verliess, erfuhr er die erste von bis heute 31 Bedrohungen gegen ihn und seine physische Sicherheit. Seither erhält er Anrufe und anonyme Botschaften, bemerkte, dass er überwacht und fotografiert wird.

Die ernsthafteste Bedrohung fand im Dezember 2018 statt, als Unbekannte in sein Haus eindrangen, während er selbst nicht da war. Sie haben nichts gestohlen, sagt er, aber sie hätten Dokumente und Prozessakten durchsucht, an denen er zu jenem Zeitpunkt arbeitete.

Am vergangenen 5. Februar gab es einen weiteren Versuch, in seine Wohnung einzudringen. Celada sagte gegenüber *Nómada*, dass die Tür seines Hauses verbogen war, ein Indiz dafür, dass jemand sie mit einem Bohrer aufbrechen wollte. Tage später erzählten ihm NachbarInnen, das unbekannte Personen nach ihm gefragt hätten.

Celada stellte beim MP Anzeige gegen Unbekannt und beantragte Schutzmassnahmen, um seine physische Integrität zu

sichern. Bisher gibt es jedoch noch keinerlei Antworten der Justiz. Auch hat das Innenministerium keine Risikoanalyse angestellt, eine notwendige Massnahme, um institutionellen Schutz zu erhalten.

Der Anwalt geht davon aus, dass die Bedrohungen mit seiner Arbeit als Menschenrechtsverteidiger zusammenhängen. Neben dem Fall Hogar Seguro gehörten zu seinen Fällen jener des Verschwindens des Kindes Marco Antonio und den sexuellen Missbräuchen gegen seine Schwester Emma Guadalupe [Molina Theissen](#), beide im Jahre 1981 (siehe **¡Fijáte!** 657); jener des Mordes an [Alejandra Icó](#) durch ihren Lebenspartner in Alta Verapaz; jener der sexuellen Sklaverei, der indigene Frauen während des Bürgerkrieges in der Kaserne [Sepur Zarco](#) ausgesetzt waren (siehe **¡Fijáte!** 652, 638, 602 und 519), und jene von Opfern von Erpressungen und der organisierten Kriminalität.

Am 28. Februar 2018, ein Tag, bevor das Urteil gegen die beiden im Fall Molina Theissen angeklagten Militärangehörigen gesprochen werden würde, wurde David Raymundo Celada Flores, der Bruder von Esteban Celada, vor seinem Haus ermordet. Die Ermittlungen der MP in Bezug auf dieses Verbrechen sind bisher noch nicht vorangekommen. „Ich hoffe, dass sie objektiv und ohne Vorurteile ermitteln, weil gegenüber uns MenschenrechtsverteidigerInnen das Stereotyp vorherrscht, dass wir die Sachen unrechtmässig tun, obwohl dies nicht der Fall ist. Ich hoffe, dass die Ermittlungen schnell vorangehen und dass der Staat Bedingungen der Sicherheit garantiert, damit ich meine Arbeit fortsetzen kann“, sagte Celada gegenüber *Nómada*.

Die Drohungen gegen den Anwalt haben bereits Notfallaktionen auf nationaler und internationaler Ebene ausgelöst. An dem Morgen forderte die Organisation *Front Line Defenders* von den Behörden Guatemalas, dass sie den Mord an dem Bruder des Anwalts und die Bedrohungen untersuchen, die Verantwortlichen vor Gericht stellen und Celada alle notwendigen Schutzmassnahmen zukommen lassen solle, um seine physische und psychische Gesundheit zu garantieren. Der Fall Celada ist nur einer in einer langen Liste von Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen. Im Jahre 2019 wurden auf nationaler Ebene 467 Angriffe gegen Personen und Gemeinden gezählt, die im Menschenrechtssektor arbeiten, darunter waren 15 vollendete und fünf versuchte Morde. (*Nómada*)

Giammattei stellt in Mexiko einen “Plan zur Entwicklung der Grenzregion” vor

Guatemala, 6. Feb. - Alejandro Giammattei unternahm seine zweite Auslandsreise. Sie führte ihn nach Mexiko, um dem Senat des Nachbarlandes seinen Plan für die Entwicklung der Grenzregion bekannt zu machen, um dadurch alle VertreterInnen der föderativen Staaten von Mexiko zur Mithilfe zu motivieren.

Giammattei schlug die Schaffung einer Bank vor, mit deren Hilfe Investitionsprojekte in Huehuetenango, San Marcos und im Quiché generiert werden sollen, also in jenen Departments, aus denen die Mehrheit der Personen stammt, die aus den USA abgeschoben worden sind. Laut dem Guatemalteckischen Institut für Migration wurden 2019 8.730 Personen nach Huehuetenango, 5.470 Personen nach Quiché und 7.750 nach San Marcos aus den USA deportiert.

Von Seiten Mexikos wünschte sich der guatemalteckische Präsident, dass das Land seine Investitionen auf die Landkreise der südlichen Staaten Chiapas und Tabasco konzentrieren solle.

In Bezug auf das bilaterale Verhältnis mit Mexiko betonte Giammattei die Förderung des gegenseitigen Handels, weil das Verhältnis zwischen Exporten nach und Importen aus Mexiko derzeit eins zu vier beträgt: Laut der Bank von Guatemala beliefen sich die Exporte nach Mexiko auf 552 Millionen Dollar, während die Importe von dort knapp 2,2 Milliarden Dollar betragen. Giammattei sagte, dass der Plan für die Entwicklung der Grenzregion gerade gemeinsam mit dem mexikanischen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador ausgearbeitet werde. Er werde unterstützt von der Wirtschaftskommission für Zentralamerika und die Karibik (CEPAL), einer Einrichtung, die die Zielmarken und Fortschritte des Projektes umreissen wird. Mit dem Besuch solle der Senat bewogen werden, die Initiative anzunehmen.

Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) in Mexiko informierte darüber, dass Mexiko nicht mehr die Haupttroute Richtung USA, sondern das Ziel für tausende zentralamerikanische MigrantInnen sei.

Die mexikanische Kommission für die Hilfe von Flüchtlingen (COMAR) registrierte 2019 70.302 Asylanträge. Diese Zahl ist 32 Mal höher als 2014, als Mexiko 2.137 Asylanträge bekam. “Angesichts der Situation, in der sich Honduras, Guatemala und El Salvador befinden, wurde Mexiko von einem Transitland auf dem Weg in die USA zu einem Ziel-land für jene, die internationalen Schutz benötigen”, heisst es in der Pressemitteilung von UNHCR. (...) (*El Periódico*)

Giammattei versetzt Chimaltenango und Escuintla in den Vorbeugungszustand

Chimaltenango/Escuintla, 14. Feb. – Präsident Alejandro Giammattei hat über das Regierungsdekret 3-2020 den Vorbeugungszustand in den folgenden Landkreisen im Department Chimaltenango verhängt: El Tejar und San Andrés Itzapa, sowie in Chimaltenango selbst. Ziel ist es laut Giammattei, organisierte kriminelle Banden wie die Maras zu bekämpfen. “Die Entscheidung zu diesen Massnahmen hat mit der Anzahl von Anzeigen zu tun, die wir über die Telefonnummern 1574 und 110 erhalten, aber beruht auch auf den Analysen verschiedener Abteilungen der Staatsanwaltschaft und der Polizei, die alle zusammen in einem Sicherheitsplan zur Wiedererlangung und Kontrolle zusammengeführt wurden. Dieser ist nun in Phase drei angekommen”, sagte Giammattei. Er fügte hinzu, dass es dabei nicht nur um Razzien gehen werde und die Verfolgung von Verbrechern, die bereits identifiziert wurden und auf offener Strasse angetroffen werden, “sondern auch darum, dass wir die Gefängniszentren angreifen, um die bösartigen Netzwerke zu finden, die zwischen den verschiedenen kriminellen Gruppen bestehen und die die Gefängnisse nutzen, um uns GuatemaltekeInnen in die Knie zu zwingen – mit Erpressungen, Morden und Verbrechenstaten. Damit werden wir wieder die Kontrolle über un-

sere Strassen bekommen, aber genauso über unsere Gefängnisse”, verkündete der Präsident [*der ja einmal für den Strafvollzug zuständig war und selbst mal kurz in Untersuchungshaft war, weil das mit der Kontrolle der Gefängnisse nicht so einfach war ...*, d.Red.]. Er forderte die Mitarbeit der Bevölkerung, damit “wir gemeinsam daran arbeiten, jene Personen zu fangen, die uns unseren Frieden rauben, deshalb ruft immer die Telefonnummern 110 y 1574 an!”, sagte Giammattei im Wahlkampf.

Der Vorbeugungszustand in Chimaltenango gilt sechs Tage seit Mittwoch, den 5. Februar. Zuvor hatte es – wie **¡Fijáte!** berichtete – Vorbeugungszustände in Mixco und San Juan Sacatepéquez sowie in Villa Nueva gegeben. (La Hora)

Nachtrag: Am 14.02. kündigte Präsident Giammattei die Verhängung des nächsten Vorbeugezustandes an, diesmal in Escuintla, Nueva Concepción, Santa Lucía Cotzumalguapa, Tiquisate, Puerto San José, Palín und die Stadt Escuintla. Zudem behält er sich vor, Gouverneure abzusetzen. So habe er gehört, dass der Gouverneur von Escuintla Kriminelle vor einer Razzia gewarnt haben soll. (Nómada)

Kehrt DipuKid zurück in den Kongress?

Guatemala, 12. Feb. - Acht Jahre Kongressabgeordneter für fünf verschiedene Parteien – und der Mann ist gerade mal 28: Das ist Juan Giordano, auch genannt DipuKid.

Nach CREO, LIDER, TODOS, UCN landete er zuletzt und ist bis heute bei der FCN-Nación, der Partei des bis zum 14. Januar 2020 amtierenden Präsidenten Jimmy Morales. All dieser Parteien gehören zum Pakt der Korrupten, deren führende Persönlichkeiten entweder verurteilt worden sind (LIDER-Chef Baldizón und UCN-Chef Estrada in den USA) oder wie bei führenden TODOS- und FCN-Leuten wegen Korruption und/oder illegale Parteienfinanzierung ermittelt wird). Giordano machte sich durch konservative Gesetzgebungsinitiative bekannt, vor allem aber dadurch, dass er gegen manche Gouverneure konspirierte. Dass er sich an den Aktivitäten gegen die CICIG beteiligte, dürfte da wenig überraschend sein. Eigentlich sollte er aufgrund der Parteiwechsel-Regelung gar nicht zu den letzten Parlamentswahlen zugelassen werden, aber da sein letzter Parteiwechsel vor Inkrafttreten des Parteiengesetzes stattgefunden habe, konnte er doch auf Platz vier der nationalen Liste der FCN-Nación erscheinen. Es fehlten aber genügend Stimmen, um gewählt zu werden. Nun gibt es den Versuch, ihn zurück zu holen. Erst einmal als Mitarbeiter in der Fraktion, später, sofern der Abgeordnete Melgar aus Gesundheitsgründen ausscheiden sollte, als Nachrücker. Darüber muss der Kongress am 14. März entscheiden. Die Chancen stehen sicher nicht schlecht. (Nacherzählung eines Textes aus Nómada)

Überlebende aus dem Brand im Hogar Seguro aus der Hand von krimineller Bande befreit

Guatemala, 12 Feb. – Bei einem Einsatz der Polizei in Häusern in Zone 12 von Villa Nueva, die mutmasslich Mitgliedern der Bande *Barrio 18* gehörten, wurde eines der Mädchen, die den Brand im Waisenhaus überlebt hatte, gemeinsam mit ihren beiden kleinen Kindern gefunden. Da sie noch minderjährig ist, aktivierte die Polizei das Schutzprogramm und überwies sie an die Prokuratur der Nation (PGN). Ein Richter in Villa Nueva entschied, die Jugendliche und ihre beiden Kinder in eine staatliche Einrichtung zu bringen. Zudem sollte sie von Ärzten untersucht werden, da sie einige physische Beschwerden zeigte. Heute kam das Menschenrechtsbüro PDH zu der Einrichtung, um danach zu schauen, ob sie sich in einem guten Gesundheitszustand befinden. Abgesehen von den genannten Beschwerden, ginge es ihnen gut. (...) (Nómada)

Julio Gómez, Verteidiger von Wasser und Territorium in San Mateo Ixtatán angeklagt

San Mateo Ixtatán, 3. Feb. - In der Nacht des 25. Januar wurde Julio Gómez, ein Führer der Plurinationalen Regierung der Chuj von San Mateo Ixtatán und bekannter Verteidiger des Rechts auf Wasser und das eigene Territorium, verhaftet. Er wurde bis Ende des Monats Januar nicht befragt oder konkret beschuldigt, wurde aber dennoch festgehalten. Am 3. Februar gab es die erste Anschuldigung – ungenehmigte Demonstration, Anstiftung zu einer Straftat, unrechtmäßige Versammlungen und Demonstrationen und Mitgliedschaft in einer illegalen bewaffneten Gruppe. Die Anschuldigung des Mordes wurde fallen gelassen. Er wird in Hausarrest gehalten und muss sich jeden Monat bei der Staatsanwaltschaft melden. Er darf das Land nicht verlassen und muss eine Kautions von 5.000 Quetzales (= 590 €) zahlen. Die Anzeige gegen ihn wurde von der Firma Energía y Renovación, S.A., also jene, gegen deren Projekt er und seine Gemeinde kämpft, eingereicht. (PBI Guatemala Rundbrief)

Studierende klagen die USAC-Verwaltung der Diskriminierung von Behinderten an

Guatemala, 13. Feb. – Diesen Donnerstag zeigten der Generalsekretär der Vereinigung der Studierenden mit Behinderung, Jorge Luis López, und sieben weitere Studierenden die Verantwortlichen der Universität San Carlos gegenüber der MP an. Sie werfen der Hochschule die Verletzung des Rechts auf Bildung vor.

Laut Zahlen aus dem Jahr 2014 studieren an der USAC mehr als 12.000 Menschen mit Behinderungen. Aber die Hindernisse für diese Gruppe sind vielfältig und zusammen genommen führen sie zu einer systematischen Exklusion der

Studierenden und dazu, dass viele ihr Studium abbrechen. Aus diesem Grund hat die [Vereinigung der Studierenden mit Behinderung](#) 2019 zwei Tage lang mit der Universitätsverwaltung verhandelt, um ein Abkommen abzuschliessen, dass ihre Studienbedingungen verbessert. Zu ihren Forderungen gehört die Fortbildung für DozentInnen in Methoden, didaktischen Materialien und Technologien für Menschen mit Behinderungen; dass die Bibliotheken Texte für sehbehinderte Studierende haben; die Anstellung von Menschen, die Gebärdensprache können; finanzielle Mittel im Universitätshaushalt, um strukturelle Veränderungen zugunsten der behinderten Studierenden zahlen zu können, etwa behindertengerechte Toiletten, Rampen und Aufzüge. Aber der Oberste Universitätsrat hat diese Forderungen niemals auf seine Tagesordnung gesetzt, um die Versprechen tatsächlich auch konkret umzusetzen. Daher hat die Vereinigung der Studierenden mit Behinderung nun den Rechtsweg beschritten und die Universität wegen systematischer Diskriminierung angezeigt. (Nómada)

Empfehlung: Das Buch (u.a.) zur Zentralamerika-Tagung in Bad Boll (März 2019)

Wuppertal, 1. Feb - "Indigene Autonomie in Mesoamerika – Im Widerstand gegen Vertreibung und Dominanzkultur" – so heißt das vom Infobüro Nicaragua in Wuppertal herausgegebene Buch, das wesentliche Inhalte der Zentralamerika-Tagung in Bad Boll im März 2019 (siehe **¡Fijáte!** 677) abbildet, aber auch inhaltlich ergänzt oder fortführt, etwa zur aktuellen Situation um die Zapatisten und den neuen Präsidenten Mexikos, Andres Lopez Obrador (AMLO).

Der Sammelband gibt indigenen Völkern in Mesoamerika, insbesondere in Nicaragua, Guatemala, Honduras und Mexiko, das Wort und beschreibt ihren Kampf um Land und die Verteidigung der Natur gegen Vertreibung und Landraub. Dargestellt werden indigene Organisationsformen, ihr Widerstand gegen kulturelle, wirtschaftliche und politische Bevormundung sowie Rechte und Grenzen staatlicher und supranationaler Regulation. Mit Interviews (u.a. das vom **¡Fijáte!**-Redakteur Stephan Brües und Klaus Heß mit Lesbia Artola), Analysen, Kampagnen, Solidaritätsbeispielen und einem Serviceteil.

Neben Fotos von der Tagung, vielen Karten und anderen Fotos aus Mittelamerika gibt es mehrere dreiseitige Comics zur Geschichte der Region («1492 Invasion!», «Widerstand», «Assimilation», «Zapatisten») und ein Artikel der Politikwissenschaftlerin Brigitte Hamm über die Verantwortung von westlichen, also auch deutschen, Schweizer oder österreichischen Unternehmen an dem Extraktivismus, der Landnahme und Menschenrechtsverletzungen und die Kampagne «Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen».

In der Kampagne, die u.a. von ATTAC geführt wird, geht es darum, die EU aufzufordern,

- Konzerne gesetzlich zu verpflichten, in Auslandsgeschäften die Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards zu achten;
- Betroffene von Verstößen gegen die Menschenrechte durch Konzerne Zugang zu Gerichten zu verschaffen;
- Sich aus handels- und Investitionsschutzabkommen zurückzuziehen, die Sonderklagerechte enthalten;
- Keine neuen Abkommen mit Sonderklagerechten abzuschließen;
- Sich für das aktuell verhandelte UN-Abkommen für Menschenrechte in der globalisierten Wirtschaft (Binding Treaty) einzusetzen. (S. 113)

Im Serviceteil gibt es Hinweis auf verschiedene Dokumente, Websites, Bücher – u.a. auch auf **¡Fijáte!**, PBI Guatemala und den Runden Tisch Zentralamerika (RT-ZA).

Weitere Infos und Bestellmöglichkeiten finden sich hier: <https://www.infobuero-nicaragua.org/shop/indigene-autonomie-in-mesoamerica-im-widerstand-gegen-vertreibung-und-dominanzkultur/>

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel
c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de

Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:

IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6